



Nr. 3

24. Januar 2025

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde Bund und Kommunen

[dbb von Verhandlungsauftakt im öffentlichen Dienst enttäuscht](#)

Transformationsfond

[Krankenhausreform: Finanzierung nimmt Gestalt an](#)

Bürokratieabbau

[Der Rechtsstaat braucht Regeln, aber keine Überregulierung](#)

dbb frauen

[Kinderbetreuung: Damit junge Eltern durchstarten können](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

[Machtwort des Regierenden Bürgermeisters: Durchbruch bei Gewaltprävention](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Personalpolitik des Landes gefährdet Daseinsvorsorge und Demokratie](#)

Schleswig-Holstein

[Schutz vor häuslicher Gewalt: Sind Betroffene auch Opfer staatlicher Strukturen?](#)

Bremen

[Wietschorke im Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Röwekamp](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde Bund und Kommunen dbb von Verhandlungsauftakt im öffentlichen Dienst enttäuscht

Es ist nicht akzeptabel, wenn Bund und Kommunen zielführende Verhandlungen mit Blick auf sinkende Inflationsraten oder die maroden Kommunalfinanzen verzögern.

Das hat dbb Verhandlungsführer Volker Geyer nach dem Ende der ersten Gesprächsrunde am 24. Januar 2024 in Potsdam deutlich gemacht: „Wenn Bundesinnenministerin Nancy Faeser jede Festlegung mit Blick auf die Bundestagswahl verweigert und VKA-Präsidentin Karin Welge uns immer nur die Finanzkrise der Kommunen vorhält, kommen wir bei den Verhandlungen, nicht weiter. Die Attraktivität des Arbeitgebers Staat wird gerade dann beschädigt, wenn der Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um die besten Köpfe immer schärfer wird.“

Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst haben Anspruch auf spürbare Einkommenszuwächse, egal ob gerade Wahlen sind oder die Kassenlage angespannt ist. Geyer: „Ja, die Finanzausstattung der Kommunen ist nicht aufgabengerecht. Daran sind aber nicht die Kolleginnen und Kollegen schuld, sondern Bund und Länder. Die Kommunen sollen sich das Geld bei denen holen, die dieser enorme Aufgabenzuwachs zu verantworten haben. In dieser Auseinandersetzung stehen wir übrigens an ihrer Seite. Die Beschäftigten werden aber auf keinen Fall ein ‚Sonderopfer Haushaltssanierung‘ akzeptieren. Das müssen wir den Arbeitgebenden in den nächsten Wochen klar machen. Es wird deshalb sicher zu Warnstreiks und Protestaktionen kommen, für die ich die Bevölkerung schon jetzt um Verständnis bitte. Bund und Kommunen lassen uns keine andere Wahl.“

Ohne spürbare Einkommenszuwächse droht ein explodierender Personalmangel im öffentlichen Dienst. Bund und Kommunen stehen vor zukunftsweisenden Verhandlungen. Das hatte Geyer bereits vor Beginn der Gespräche mit Bund und Kommunen betont: „Der Mangel jetzt: 570 000, altersbedingte Abgänge in den nächsten zehn Jahren: 1,3 Millionen Beschäftigte. Wenn wir die Bezahlung im öffentlichen Dienst nicht deutlich verbessern, riskieren wir in eine existentielle Krise.“ Der dbb warnt seit Jahren vor einem sich zuspitzenden Personalnotstand, der selbst mithilfe von KI, Digitalisierung und Bürokratieabbau nicht kompensiert werden könnte.

Geyer: „Wir brauchen aber nicht nur mehr Geld in der Lohntüte, sondern auch zusätzliche freie Tage sowie ein ‚Mehr-Zeit-für-mich-Konto‘, mit dem die Beschäftigten ihre Zeit flexibler einteilen können. Beim Geld allein wird die Privatwirtschaft den Staat immer abhängen, deshalb ist für die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes auch ein Faktor wie Arbeitsplatzsouveränität entscheidend. Ich hoffe sehr, Bund und Kommunen begreifen den Ernst der Lage und legen schnell ein abschlussorientiertes Angebot vor. Andernfalls stehen wir vor einem harten Tarifkonflikt.“

Alle Informationen und Hintergründe gibt es unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Transformationsfond Krankenhausreform: Finanzierung nimmt Gestalt an

Ziel der Reform ist es, die Krankenhauslandschaft neu zu ordnen. Der dbb begrüßt, dass nun wichtige Schritte für die Finanzierung eingeleitet werden.

„Wir sind froh, dass sich die ehemaligen Koalitionäre in Sachen Krankenhausreform noch einmal zusammengerauft haben und mit dem Transformationsfond die Finanzierung des Vorhabens ins Rollen bringen“, sagte Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des dbb, am 22. Januar 2025. Dies bringt der dbb auch in seiner Stellungnahme zur Krankenhaustransformationsfondsverordnung zum Ausdruck. „Es ist

davon auszugehen, dass noch in diesem Jahr erste Förderanträge gestellt werden können.“

Die Bundesregierung hat in einer Verordnung konkretisiert, wofür es Förderungen geben soll. Unter anderem für Maßnahmen, welche die Personalsituation verbessern. „Die Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten hat für uns aus gewerkschaftlicher Sicht ohnehin

oberste Priorität, denn Mindestpersonalquoten und bessere Arbeitsbedingungen lassen sich nicht ohne zusätzliches Personal erreichen. Insofern grünes Licht von uns für diese Förderung“, so der dbb Chef. Auch Investitionen in Robotik und Telemedizin seien zukunftsweisend und damit begrüßenswert. „So gewährleisten wir, dass Spezialistinnen und Spezialisten an allen entsprechend ausgestatteten Standorten verfügbar sind. Das verbessert die Versorgungsqualität.“

dbb fordert Steuerfinanzierung

Kritisch sieht der dbb die Finanzierung des Fonds: 25 von insgesamt 50 Milliarden Euro sollen über die nächsten zehn Jahre aus dem Gesundheitsfonds und damit aus Beitragsmitteln der gesetzlich Versicherten erfolgen. Silberbach: „Die Beiträge für die GKV und PKV sind zum Jahreswechsel bereits gestiegen. Wohin sollen die ganzen Zusatzbelastungen

noch führen? Was wir brauchen, ist einen stärkeren Fokus auf die Steuerfinanzierung. Dann wäre auch die Diskussion um eine Beteiligung der privaten Krankenversicherungsunternehmen am Transformationsfonds unnötig.“ Derzeit ist lediglich eine PKV-Beteiligung auf freiwilliger Basis vorgesehen.

Unabhängig von der Finanzierung des Transformationsfonds steht der dbb hinter der Krankenhausreform, sieht aber Risiken für den Sicherstellungsauftrag in ländlichen Regionen. Hier gelte es, engmaschig zu evaluieren und Fehlentwicklungen bei Klinikfusionen frühzeitig zu erkennen. Silberbach: „Wir brauchen eine klug durchdachte Reform der Kranken- und Pflegeversicherung, die Leistungen und Finanzen sicherstellt. Kurzgedachte, populistische Ideen wie eine vermeintlich solidarische Bürgerversicherung wird es mit dem dbb nicht geben.“

Bürokratieabbau

Der Rechtsstaat braucht Regeln, aber keine Überregulierung

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Andreas Hemsing hat sich für ehrliche Aufgabenkritik und einen strukturierten Bürokratieabbau ausgesprochen.

„Die Umsetzung neuer Gesetze muss viel konsequenter als bisher mitgedacht werden, damit der Staat handlungsfähig bleibt“, sagte Hemsing am 21. Januar 2025 beim vom „Behörden Spiegel“ veranstalteten Thementag „Gesetze, Akten und Strukturen – Wie Bürokratieabbau in der Praxis ankommt“ auf der Online-Diskussionsplattform NeueStadt.org. Der dbb Vize forderte eine weitgehende Aufgabenkritik: „In der Vergangenheit haben Aufgaben- und Regelzuwachs in der Verwaltung viele neue Hemmnisse geschaffen. Bürokratieabbau darf nicht länger nur als Schlagwort genutzt werden. Damit er in der Praxis ankommt, müssen dahinter klare Strukturen und die Einbeziehung aller Akteure in Bund, Ländern und Kommunen stehen.“

Wenn Bürgerinnen und Bürger das Gefühl hätten, der Staat werde seinen Aufgaben nicht mehr gerecht, führe das zu Frust. „Für Rechtsicherheit und gleichwertige Lebensverhältnisse braucht es Regeln, aber keine Überregulierung“, stelle Hemsing klar. In diesem Zusammenhang müssten Beschäftigte im öffentlichen Dienst neue Ermessensspielräume erhalten, was ein „gewisses Grundvertrauen“ seitens der

Politik in die Verwaltung und ihre Mitarbeitenden voraussetze. Konkret sichtbar werde dies auf kommunaler Ebene, wo Gesetze nah am Bürger umgesetzt werden. Hemsing: „Digitalisierung und neue Möglichkeiten durch KI können in Zukunft auch aufgrund demografischer Faktoren nicht alles auffangen, was überbordende Bürokratie an Belastungen für die Verwaltungen mit sich gebracht hat und bringt. Digitalisierung ist ein exorbitant wichtiges Thema, das derzeit aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik aber nicht zentral gedacht wird“, kritisierte Hemsing, der auch Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst ist.

Als Lösungsansätze brachte Hemsing die konsequente Anwendung von Praxistests für neue Gesetze und die Evaluierung alter Gesetze auf deren Praxistauglichkeit ins Spiel. Das liege nicht nur in der Verantwortung der Politik, sondern ebenso – Stichwort Fehlerkultur – in der Verantwortung der Führungskräfte in den Verwaltungen, die offen für interne Aufgabenkritik sein müssten. Ferner müssten die Stammdaten der Bürgerinnen und Bürger im Zuge der Digitalisierung endlich über alle Gebietskörper-

schaften hinweg im Sinne des Once-Only-Prinzips verfügbar sein, um Verwaltungsprozesse zu straffen.

dbb frauen

Kinderbetreuung: Damit junge Eltern durchstarten können

Die Zahl der Kita-Kinder mit einer längeren Betreuungszeit ist stark gestiegen. Das spiegelt den steigenden Bedarf berufstätiger Eltern wider, Beruf und Familie zu vereinbaren.

Für Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und dbb Vize, steht fest: „Die steigenden Betreuungszeiten in Kitas sind ein klarer Beweis: Junge Mütter und Väter wollen und können beruflich durchstarten - wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Eine gut ausgebaute und qualitativ hochwertige Betreuungsinfrastruktur ist nicht verhandelbar und muss von der nächsten Bundesregierung aber auch von Ländern und Kommunen priorisiert werden.“ Denn nur so könne das ungenutzte Potenzial der Frauenerwerbstätigkeit voll ausgeschöpft werden. Das Statistische Bundesamt hat am 21. Januar 2025 neue Zahlen veröffentlicht, wonach die Zahl der Kita-Kinder mit einer Betreuungszeit von mehr als 35 Wochenstunden zwischen 2014 um 2024 um 30 Prozent gestiegen ist.

Gleichzeitig gibt es im gleichen Zeitraum einen leichten Rückgang der Kinder mit kurzen Betreuungszeiten (bis 25 Stunden) um acht Prozent. Das kann möglicherweise darauf zurückgeführt werden, dass das Angebot flexibler Arbeitszeitmodelle in den letzten Jahren massiv

zugenommen hat. Dies ist auch zunehmend erforderlich, um den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. „Flexible Arbeits(zeit-)modelle sind die Antwort auf die Bedürfnisse moderner Familien und eines dynamischen Arbeitsmarktes“, erklärte Kreutz. „Arbeitszeitreduzierungen aufgrund von familiärer Fürsorgeverantwortung werden fast immer von Frauen getragen. Das ist ein Muster, das nicht nur ihre Karrierechancen einschränkt, sondern auch die wirtschaftliche Gleichstellung langfristig untergräbt.“

Kinderbetreuung, faire Verteilung von Sorgearbeit, Minijobs, Teilzeit, Frauen in Führungspositionen, New Work – all das existiere nicht im Vakuum. Es sei eng miteinander verwoben und zeige, wie sehr strukturelle Veränderungen erforderlich seien, um echte Gleichstellung zu erreichen. Die dbb frauen Chefin fordert daher: „Wir brauchen eine Gesamtstrategie, die unsere Gesellschaft moderner, gerechter und zukunftsfähiger macht – und gleichzeitig die Fachkräftebasis für unsere Wirtschaft sichert.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

Machtwort des Regierenden Bürgermeisters: Durchbruch bei Gewaltprävention

Das unerträgliche Zuständigkeitshickhack, das eine Dienstvereinbarung zur Abwehr von Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verzögert hat, findet endlich ein Ende.

Wie der Regierende Bürgermeister Kai Wegner dem dbb berlin in einem Spitzengespräch am 17. Januar 2025 versicherte, wurde von ihm die Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport für die Dokumentation der Gewaltfälle im Landesdienst klargestellt. Damit ist die letzte Hürde für die Verabschiedung ei-

ner Rahmendienstvereinbarung endlich genommen, wie sie der dbb berlin schon vor über vier Jahren mit der Unterzeichnung der Grundsatzerklärung „Keine Gewalt gegen Beschäftigte“ angestoßen hat.

Erleichtert äußerte sich dbb Landeschef Frank Becker über das Machtwort des Regierenden

Bürgermeisters: „Das Problem der Gewalt gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ist viel zu ernst und gravierend, als dass es durch ein Behördenpingpong der Senatsverwaltungen hätte verschleppt werden dürfen. Es wurde Zeit, dass

der Regierungschef offenbar Klartext geredet hat.“

Mecklenburg-Vorpommern

Personalpolitik des Landes gefährdet Daseinsvorsorge und Demokratie

Die Ankündigung der Landesregierung, im kommenden Doppelhaushalt erneut rund 142 Millionen Euro beim Personal einsparen zu wollen, trifft auf deutliche Kritik des dbb Landesbundes.

„Wir wollen für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land funktionieren. Fakt ist aber, dass es überall in den Amtsstuben bedenklich knirscht“, machte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 23. Januar 2025 in Schwerin deutlich. Eine verlässliche Daseinsvorsorge sei Garant für die Stabilität des noch funktionierenden Gemeinwesens und der Demokratie. Beides sei jedoch durch die Ankündigung der Landesregierung in Gefahr.

Das untermauert auch der vom dbb vorgelegte „Monitor öffentlicher Dienst 2025“, der neben Fakten zur Personalentwicklung und Bezahlung auch besorgniserregende Umfrageergebnisse zum Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Bevölkerung liefert. „Wenn 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Meinung sind, dass der Staat angesichts der Fülle von Problemen und Aufgaben schon jetzt überfordert ist, dann läuft das Argument, dass die geplanten Einsparungen nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen sollen, ins Leere“, so Knecht.

Der dbb m-v geht davon aus, dass die angekündigten Einsparungen sehr wohl bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen werden, wenn nicht gleichzeitig die Einkommens- und Rahmenbedingungen so attraktiv gestaltet werden, dass Personal gewonnen und das vorhandene Personal motiviert werden kann sowie parallel Entlastungen im Verwaltungshandeln, etwa durch Digitalisierung, erfolgen.

Knecht: „Während die Bahn und andere Verkehrsunternehmen bereits angekündigt haben, dass wir uns daran gewöhnen müssen, dass Züge und Busse wegen Personalmangels einfach stehen bleiben, rate ich der Politik, sich ehrlich zu machen und dringend zu definieren, welche Aufgaben im öffentlichen Dienst in den kommenden Jahren wegfallen sollen. Unzufriedene Bürgerinnen und Bürger werden die Politik fragen, warum beispielsweise die innere Sicherheit und die Bildung nicht mehr gewährleistet sind oder warum Anträge nicht mehr fristgerecht bearbeitet werden. Dies könnte fatale Wahlentscheidungen zur Folge haben.“

Schleswig-Holstein

Schutz vor häuslicher Gewalt: Sind Betroffene auch Opfer staatlicher Strukturen?

Es ist eine wichtige Aufgabe des Staates, Gewalt zu ahnden und zu unterbinden. Dazu gehört auch der Schutz von Opfern häuslicher Gewalt und bei Nachstellungen. In Schleswig-Holstein wird aktuell über die Anpassung der diesbezüglichen Rechtsgrundlagen diskutiert. Aus Sicht des dbb s-h sollte aber auch darüber nachgedacht werden, ob es richtig ist, diese Diskussion in jedem Bundesland separat und damit sechzehnmal zu führen.

„Die Gesetzgebungsprozesse erfolgen niemals gleichzeitig und mit gleichen Ergebnissen“, so dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp. „Das bedeutet zwangsläufig auf Teilen der Landkarte ein schlechteres Schutzniveau – Leidtragende sind die Schutzbedürftigen, möglicherweise vermeidbare Gewaltfälle werden

bittere Realität.“ Damit wären Gewaltopfer auch Opfer staatlicher Strukturen.

Für den dbb sh ist dies ein Beispiel dafür, dass die notwendige Modernisierung des Staates nicht vor der Kompetenzverteilung der staatli-

chen Ebenen Halt machen darf. „Nach unserem Eindruck ist es nicht immer sinnvoll, wenn sich nahezu 2.000 Abgeordnete aufgeteilt auf die Länderparlamente sechzehn Mal mit häufig identischen Themen befassen – auch das ist Bürokratie, zumal die Vor- und Nachbereitung entsprechender Entscheidungen erhebliche Ressourcen bindet.“

Das föderale System ist nach Überzeugung des dbb sh ein wichtiges Wesensmerkmal der deutschen Demokratie und darf nicht in Frage gestellt werden. Es dürfe aber auch nicht verboten sein, Nachjustierungen bei Kompetenzverteilungen und Zuständigkeiten zu diskutieren und vorzunehmen – insbesondere, wenn es dem Bürokratieabbau und der Effizienzsteigerung des Staates dient.

Bremen

Wietschorke im Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Röwekamp

Höhere Einkommen, mehr Arbeitszeitsouveränität und gleichzeitig die Attraktivität des öffentlichen Dienstes stärken. Das waren die Themen des Gesprächs von dbb Landeschef Olaf Wietschorke mit dem Bundestagsabgeordneten Thomas Röwekamp.

Bei bundesweit rund 570.000 unbesetzten Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und angesichts der Tatsache, dass in den kommenden zehn Jahren weitere 1,3 Millionen Beschäftigte altersbedingt ausscheiden, müssten „wir am Arbeitsmarkt um die besten Köpfe ringen“, sagte Wietschorke. Röwekamp und er seien sich einig gewesen, dass „bei der Suche nach einer neuen Tätigkeit die Menschen insbesondere die jungen Bewerberinnen und Bewerber sich als erstes immer anschauen, was sie verdienen. Zudem ist für sie das Thema Arbeitszeit wichtig. Deshalb wollen wir als dbb, neben

höheren Löhnen, mehr Arbeitszeitsouveränität“.

Für die Bundesbeamten fordere der dbb darüber hinaus die lange überfällige Rücknahme der 2006 „vorrübergehend“ beschlossenen Arbeitszeitverlängerung von 39 auf 41 Stunden. Auch dafür sagte Röwekamp seine Unterstützung zu.